

# Schild und Schwert vor dem treuen Herzen

Zu: „Der Dienst an der Heimat – in der Heimat“, FR-Politik v. 7. April, und „Noch ein Rohrkrepiere“, FR-Meinung v. 7. April

## Wahrer Heimatschutz sähe anders aus

Annegret Kamp-Karrenbauer ruft Freiwillige auf zum Dienst beim neuen Heimatschutz. Ein arglos-traulicher Begriff wie Naturschutz, Volkstumspflege. War nicht immer so treuherzig im Gebrauch, meinte auch Stärkung der nationalen Identität und eines völkischen Bewusstseins. Nicht nur bei den Nazis.

Vor Jahren liefen auch hierzulande Glatzen mit Schafstiefeln und Grünjacken nachts durch Ortschaften, um deutsche Frauen vor angeblichen Übergriffen durch „barbarische Fremde“ zu beschützen. Aufschrift auf dem Rücken der Grünjacken: „Heimatschutz“.

Was aber ist hier nun ange-dacht? Ein bisschen Kampfreserve, ein bisschen Nothilfe, ein bisschen Entlastung der Bundeswehr für deren zunehmende Auslandseinsätze, vor allem aber Objektschutz. Welche Objekte? Wachhäuschen vorm Pergamon-museum, Ausweiskontrolle vor der Lobby zum Bundestag?

Eher Größeres: Bewachung des neu ausgebauten und vergrößerten Fliegerhorsts Büchel zum Beispiel. Dort lagern schon jetzt 20 Atombomben, harren ihrer Aufnahme durch neue atomwaffentragende Kampfflugzeuge, künftig mit Tarneigenschaften ausgestattet im Rahmen des militärischen Großprojekts Future Combat Air System. Gefährliche Angriffswaffen, natürlich nur in Verteidigungsbereitschaft. Ebenso in Planung wie 45 Kampffjets und bewaffnete Drohnen.

Muss allerdings noch abge-segnet werden vom nächsten Bundestag. Die Zustimmung der SPD noch unsicher. AKK und der Generalinspekteur aber sind sich sicher, die viele Hundert Milliarden teure Aufrüstung ist

absolut gut angelegt, denn „Russland rüstet konventionell und nuklear massiv auf“.

Richtig ist, Russland hat der Steigerung des Militärhaushaltes Deutschlands etwas entgegenge-setzt: die Kürzung seiner Haus-haltsmittel um ca. 13 Prozent. Aber Feindbild bleibt Feindbild, so will es auch die Nato und drängt darauf, dass das Militärbudget erhöht wird auf mindes-tens zwei Prozent der Wirt-schaftsleistung.

Heimatschutz, Frau Kamp-Karrenbauer und Herr Zorn, sieht anders aus: Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag, Ab-zug aller Atomwaffen in Europa, keine Unterstützung von Inter-ventionskriegen, keine Rüs-tungsexporte (Deutschland ist viertgrößter Exporteur).

Abrüsten statt aufrüsten, die frei werdenden Mittel für die Abwendung der größten Kata-strophen der Menschheitsge-schichte (Pandemie, Klimawandel, ungleiche Verteilung der Güter) und den sozialökologi-schen Umbau der Gesellschaft einsetzen. Das wäre wahrer Hei-matschutz.

Jörg Sternberg, Hanau

## Topvergütung für Rechtsextremisten?

Annegret Kramp-Karrenbauer möchte mit dem neuen Hei-matschutz-Dienst den Heimat-begriff nicht den Rechtsextre-misten überlassen. Dennoch scheut sie sich nicht, gerade die-sen eine militärische Ausbildung anzubieten und zugleich mit einer Topvergütung sozial-, um-welt- und friedenspolitisch en-gagierten Freiwilligendiensten das Wasser abzugraben. Wo soll das hinführen? Es gibt doch schon in der Bundeswehr einen rechten Sumpf, soll der jetzt in den „Heimatschutz“ umverteilt werden? Annegret Benz, Hamburg

## Eklatanter Verstoß gegen Kinderrechte

Bei der Berichterstattung über den neuen Heimschutz-Dienst bleibt ein ganz wesentlicher Ge-sichtspunkt völlig unberück-sichtigt: Die deutsche Armee rekrutiert auch für den neuen „Freiwilligendienst im Heimat-schutz“ Siebzehnjährige! Dies ist ein eklatanter Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention, die die besondere Schutzbedürftig-keit von Kindern und Jugendli-chen betont. Auch und vor allem die militärische Grundausbil-dung an der Waffe ist massiv zu kritisieren.

Die vom Gesetzgeber auf die Vollendung des 18. Lebensjahres festgesetzte Volljährigkeit und Mündigkeit (deutscher Staats-bürger\*innen) ist aus entwick-lungspsychologischer Sicht be-gründet und muss daher auch für Soldat\*innen gelten, deren Grundausbildung von der mili-tärischen Befehls- und Gehor-samsstruktur und damit einher-gehend hohen seelischen wie körperlichen Belastungen ge-prägt ist.

Zum Soldatsein gehören Gewalt, das Einüben von Gewalt als Mittel militärischer Konfliktlö-sung, das Lernen zu töten und das Sterben. Soldat ist kein nor-maler Beruf, sondern birgt be-sondere Risiken und verlangt ein sehr hohes Maß an Verantwor-tungsbewusstsein für das per-sönliche Handeln, auch und ge-rade in einer Zeit, in der Kriege wieder geführt, der Einsatz ato-marer Waffen zunehmend ins politische Kalkül gezogen und bewaffnete Drohnen angeschafft werden sollen.

Wie in den meisten Staaten gängige Praxis muss auch in Deutschland endlich das gesetz-liche Dienstantrittsalter in der Armee auf 18 Jahre festgelegt werden. Armin Lauen, Bonn



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**  
069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

## ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/lf-20210412](http://frblog.de/lf-20210412)

**Schutz und Pflege** von Insekten – dafür würden viele Menschen gern etwas tun, denn die Zahl der Insekten sinkt gefährlich. Bronski baut daher seinen Garten um. Kräuter, heimische Blühpflanzen, Insektenhotels, Totholz – lesen Sie bitte hier: [frblog.de/garten-03](http://frblog.de/garten-03)

# Tarife mit Transparenz

„Bahn-Vorstände bekommen höhere Fixgehälter“, FR-Wirtschaft v. 20. 3.

Es bleibt weiterhin unfassbar, wie in unserem Land viele Men-schen Gehälter beziehen, die dem „Normalverdiener“ ein Schlag ins Gesicht sind. Dass es auch anders geht, beweist „mei-ne“ Krankenkasse, die Securvita BKK, deren Vorstand transparent offenbart, was er/sie verdient: per annum 140 000 Euro monat-lich, 76,69 für die Betriebsrente, 44 Monatskarte ÖPN, kein Dienstwagen, weder zur berufli-chen noch zur privaten Nutzung, keine Bonuszahlung oder Zu-schüsse zur privaten Versorgung, Abfindungen oder Übergangs-zahlungen. Die Krankenkasse steht in vielen Bewertungsporta-len an erster Stelle, was die Leis-tungen für- und die Zufrieden-heit der Mitglieder betrifft. Geht also – ohne dass sich eine Hand-voll Chefs verwerflich, unmora-lisch und dreist die Taschen mit Geld vollstopft.

Gisela Leißner, Eppstein

# Enigmatisch verschlüsselt

Zu: „Rätsel aus der Ostsee“, FR-Panorama vom 7. April

Dieser Artikel lenkt die Auf-merksamkeit auf ein sicher interessantes Gebiete der Tech-nikgeschichte, die Verschlüs-selungsmaschinen. Dass allerdings so getan wird, als sei dies eine Sensation und eine Neuigkeits-meldung wert, wird den Fakten nicht gerecht. FrankfurterInnen konnten schon seit längerem im Museum für Kommunikation zwei Originalexemplare der Enigma sehen und anhand eines Modells die Wirkungsweise nachvollziehen. Es gab (und wird hoffentlich nach der Cor-na-Krise auch in Zukunft geben) Führungen zum Thema Codie-rung und Verschlüsselung, in denen u. a. auch die Geschichte und Funktionen der Enigma dargestellt wurden.

Axel Stolzenwaldt, Königstein

# Vernunft durch Verlust

Zu: „Nachhaltig gescheitert“, FR-Wirtschaft vom 16. März

Schade, Emmanuel Faber ist Op-fer der Gier geworden, die nun mal Investmentfonds auszeich-net. Wer wirtschaftlich eine bes-sere Zukunft für die Welt und das Unternehmen plant, hat kei-ne Zukunft! Das sind die Lehren, die wir Verbraucher zu akzeptie-ren haben. Müssen wir das? Werden wir uns bewusst, dass wir mächtig sind. Sollen doch die Shareholder die Produkte ohne uns verköstigen. Vernunft ist nur über Verlust möglich. Die Sprache verstehen die Invest-ments. Hans Peter Botton, Hofheim

# Souveräne Haltung der Freiheit

Zu: „Wo endet das Recht zu demonstrieren?“, FR-Politik vom 8. April

## Die moderne Gesellschaft muss Gegensätze aushalten

Die „Querdenken“-Bewegung lebt von einem Paradox: Sie for-dert die größtmögliche Freiheit, indem sie sich selbst freiwillig der größtmöglichen Unfreiheit unterwirft: der Unfreiheit des eigenen Denkens und der eige-nen Erfahrung. Keiner von ih-nen wird für die Kernaussagen der Bewegung eine persönliche Verantwortung übernehmen. Das macht „Querdenken“ gegen persönliche Diskussionen prak-tisch immun. Ein sachliches Ge-spräch scheint darum kaum möglich.

Auch die moderne Gesell-schaft lebt von ihren Paradoxien und befindet sich in einem stän-digen Rechtfertigungsmodus. Das scheint sich in Pandemiezei-ten verstärkt zu haben. Der „Querdenken“-Bewegung gibt das besonderen Auftrieb. Wenn nun „eine Debatte über die Ver-bote von Corona-Demonstratio-

nen entbrannt“ ist, so dürfte das das Problem kaum lösen. Die „Querdenker“ mit Verboten und Beobachtung durch den Verfas-sungsschutz zu verfolgen, wird sie nicht beeindrucken, sondern eher in ihrem Protest bestätigen. Denn damit verriete der Staat aus ihrer Sicht nur seine zutiefst freiheitsfeindliche Gesinnung. So gesehen war es kein falsches Signal, die Demonstranten in Stuttgart gewähren zu lassen – aus welchen Gründen auch im-mer das geschah.

Viel wirksamer wäre es statt-dessen, der „Querdenken“-Be-wegung aus einer eigenen, sou-veränen Haltung der Freiheit und Erfahrung heraus zu bege-gnen und diese mit der Enge ihrer „Verschwörungserzählungen“ zu konfrontieren, an die sie sich klammern und dafür ihre per-sönliche Freiheit opfern. Damit könnten beide Seiten von der „Querdenken“-Bewegung profi-tieren.

Werner Schieferstein, Frankfurt

## Machen sich Staat und Behörden mitschuldig?

Zum wievielten Male werden eigentlich noch Demonstratio-nen sogenannter Querdenker genehmigt, ohne Maske und Abstandhalten, und die Polizei sieht hilflos zu und gebietet diesem Treiben keinerlei Ein-halt, während gegen die weni-gen Gegendemonstranten vor-gegangen wird?

Staat und Behörden verhal-ten sich verfassungswidrig, ein-schließlich der Gerichte, die die-se Demonstrationen in letzter Minute genehmigen, obwohl sie wissen, dass die Querdenker auf die Regeln pfeifen. Hier wird die große Mehrheit der Menschen, die sich an die Regeln halten, diskriminiert. Wenn Politik und Justiz nicht gemeinsam diesem Treiben unverzüglich ein Ende setzen, machen sie sich schuldig, wenn die letzte Akzeptanz der Corona-Regeln vollends verloren geht. Erhard Schulz, Meckesheim